

raumvorhaben, von Vorschlägen für die Erziehung und Ausbildung in Angelegenheiten, die den Weltraum betreffen, bis zur Prüfung nationaler Weltraumeinrichtungen auf ihre Förderungswürdigkeit durch die Vereinten Nationen. Hier ist ein weites Feld der Mitarbeit auch für solche Staaten, die bisher noch nicht mit spektakulären Weltraumvorhaben aufwarten konnten<sup>22</sup>.

#### Anmerkungen:

- \* Nachstehender Aufsatz schließt an den Beitrag des Verfassers an: Die Behandlung der Weltraumfrage in den Vereinten Nationen 1957-1966, in: VN 15. Jg. (1967) Heft 1, S. 1 ff., siehe ferner VN 16. Jg. (1968) Heft 3, S. 88 ff.
- 1 Sommer, Die Sucht nach dem Mond, in: Die Zeit vom 30. Mai 1969.
- 2 Einen hervorragenden Überblick über alle Bereiche der Weltraumfahrt gibt das kürzlich erschienene Buch: Büdeler, Aufbruch in den Weltraum, München 1969.
- 3 Johansen, Sind Raumstationen rentabel?, in: Die Zeit vom 13. Oktober 1967.
- 4 Koelle, Entwicklungstendenzen in der Raumfahrt, in: Heft 3 der Schriftenreihe des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung, 1968.
- 5 UN-Doc. A/RES/2222 (XXI) vom 19. Dezember 1966 nebst Anhang. - Deutsche Übersetzung siehe VN 15. Jg. (1967) Heft 1, S. 29 f.
- 6 Der von der Bundesrepublik am 27. Januar 1967 in Washington, London und Moskau unterzeichnete Weltraumvertrag liegt zur Zeit mit dem nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes notwendigen Zustimmungsgesetz dem Bundesrat vor (vgl. Drucksache 286/69 vom 30. Mai 1969).
- 7 Im einzelnen nahm hierzu der damalige Verteidigungsminister McNamara auf einer Pressekonferenz am 3. November 1967 Stellung, vgl. Amerika-Dienst vom 6. November 1967. Das Vorhandensein einer solchen Waffe wurde seitens der Sowjetunion bestätigt.

- 8 Rehm, Die politisch-militärische Bedeutung des Weltraumvertrages vom 27. Januar 1967, in: Europa-Archiv, 8/1967, S. 287 ff.
- 9 Rehm, Schafft der Himmelspion Vertrauen?, Sonntagsblatt vom 17. Oktober 1965.
- 10 UN-Doc. A/RES/2345 (XXII) vom 16. Dezember 1967. - Deutsche Übersetzung siehe S. . . . dieser Ausgabe.
- 11 Vgl. Art. 7 eines von der Sowjetunion 1962 vorgelegten Vertragsentwurfs; deutscher Wortlaut bei Rehm, Rüstungskontrolle im Weltraum, Bonn 1965, S. 117.
- 12 Zukov, Weltraumrecht, Berlin 1968, S. 153; vgl. auch die Besprechung des Buches durch den Verfasser in: Zeitschrift für Luftrecht und Weltraumrechtsfragen, 4/1968, S. 279 ff.
- 13 In diesem Sinne hat sich Präsident Johnson in einer Sonderbotschaft an den Senat geäußert, in der er um Zustimmung zur Ratifizierung des Übereinkommens ersuchte, vgl. Amerika-Dienst vom 16. Juli 1968.
- 14 Das Übereinkommen ist am 3. Dezember 1968 in Kraft getreten. Zur Zeit (Juni 1969) ist das Übereinkommen von rund 60 Staaten unterzeichnet worden. Für die Bundesrepublik wird das Zustimmungsgesetz gegenwärtig vorbereitet.
- 15 UN-Doc. A/RES/2453 (XXIII) vom 20. Dezember 1968. - Deutsche Übersetzung siehe S. 95 f. dieser Ausgabe.
- 16 Zur »Wiener Formel« und den mit ihr verbundenen Problemen siehe VN 17. Jg. (1969) Heft 2, S. 57 ff.
- 17 Preisinger, Europäische Raumfahrtkooperation, in: Europa-Archiv, 3/1969, S. 101 ff.
- 18 Büdeler, Internationalisierung der Raumfahrt?, in: Weltraumfahrt-Raketentechnik, 5/1968, S. 142 ff.
- 19 Vgl. die Ausführungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg am 27. Januar 1969, zit. nach Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt, 1/1969, S. 5 ff.
- 20 Siehe Anm. 17, aaO.
- 21 Vgl. die in Anm. 12 zitierte Buchbesprechung.
- 22 Einen Überblick über diese Tätigkeiten gibt die unter Anm. 15 zitierte Resolution.

## Indien und China – zwei Entwicklungswege (Schluß)

DR. HARTMUT V. LEHN

### VII

Indien war 1960 in seiner sozio-ökonomischen Entwicklung an einem Punkte angelangt, der in mancher Hinsicht analoge Aspekte zum chinesischen Dilemma vor dem Großen Sprung bot. Der 2. Fünf-Jahres-Plan Delhis hatte zwar erkleckliche Fortschritte gebracht, war aber hinter den meisten und wichtigsten Planzielen merklich zurückgeblieben, und es war klageworden, daß das derzeitige Wachstumstempo, vor allem gemessen an der gleichzeitigen Bevölkerungsexpansion, nie ausreichen würde, um in menschlich faßbaren Zeiträumen das Land aus der drückenden Unterentwicklung herauszuholen. Aber mehr noch, die Plan-Maschinerie als solche bedurfte einer radikalen Überholung: Die Stahlproduktion hatte 40 vH des Planziels nicht erreicht, die Zementproduktion 30 vH nicht, statt 10 Mill. neuer Arbeitsplätze waren nur 6,5 Mill. geschaffen worden, dagegen hatten sich die Preise im Durchschnitt um 30-45 vH erhöht, und besonders die Konsumgüterpreise stiegen weiter um jährlich 6 Prozent. Auf dem Industriesektor machte der staatliche Sektor zwar eindrucksvolle Fortschritte, aber mehr und mehr wurden ihm langfristige Infrastrukturaufgaben mit geringer Rentabilität zugeschoben, während der Privatsektor die profitbringenden Aufgaben zugeschanzt bekam.

Noch kritischer war die Lage auf dem Agrarsektor. Die Versuche, das Los der Kleinbauern und Pächter zu erleichtern, waren bislang fruchtlos geblieben. Die Bodenpacht erreichte im Durchschnitt noch immer 40-45 Prozent. Die Versuche, die großen Landbesitze aufzuspalten, waren am Widerstand der Grundbesitzer gescheitert, die einfach die Eigentumstitel unter alle Mitglieder ihrer Familie verteilten und damit legal innerhalb der gesetzten Höchstgrenzen für Einzelgüter blieben. Dort wo die Grundrechte der Zamindaris enteignet wurden, geschah dies gegen Kompensation, die von den Kleinbauern aufzubringen war, was im Grunde nur wenig änderte; auf den Dörfern wurden die Zamindaris aus Grundherren nur Geldverleiher und Schuldenkreditore, was für die Kleinbauern auf beinahe dasselbe herauskam. Die ruralen Kredit-

Kooperativen versagten hier in ihrer Aufgabe, Abhilfe zu schaffen. Ohne politische Kontrolle, gerieten sie sofort in die Hände der auf den Dörfern führenden Notabeln, nämlich wieder der Zamindare und Großbauern, die dafür sorgten, daß die »richtigen Leute« Kredite bekamen und die »unrichtigen« nicht. Noch am Ende des 2. Planes waren 24 vH aller Bauern, nämlich nahezu 50 Millionen, völlig landlos, und selbst in Gegenden, wo eine verantwortungsbewußte Lokalverwaltung mit Nachdruck die Landreform zu betreiben versuchte, hinderten solche außerwirtschaftlichen Hindernisse wie Kastenvorurteile und der Appell an das Pflichtbewußtsein der niederen Schichten, ihre »gottgegebene Armut« nicht zu verleugnen, die Landarbeiterschaft an der effektiven Übernahme von Neuböden<sup>14</sup>.

Die Zentrale in Delhi und der fortschrittliche Flügel der Kongreßpartei waren dieser kritischen Entwicklung durchaus nicht verschlossen. Auf dem Parteikongreß von Nagpur 1959 kam es zu einem massiven Vorstoß des linken Flügels des Kongresses, der energisch eine Reformulierung der Wirtschaftspolitik und besonders der Agrarpolitik bei Maximierung des Wachstums in der Produktion und hierzu Rückkehr zu einer relativ scharf sozialistischen Politik verlangte. Das Produkt dieser Debatten, die sog. Nagpur-Resolutionen, versprachen denn auch die Verbreitung des Kooperativsystems als Basis für die Landwirtschaft, die Durchsetzung der Größenbegrenzung für Güter, die Übertragung von hierdurch freiwerdenden Landreserven an die Pachayats, die für kollektive Bestellung und ökologische Infrastrukturarbeiten zu sorgen hatten. In der Industrie sollte der Staatssektor dem Privatsektor strenge Kontrollen auferlegen und dafür sorgen, daß genügend Investitionsmittel auch aus privaten Fonds nicht nur in besonders rentable, sondern vor allem volkswirtschaftlich notwendige Investitionsobjekte flossen. Als Fernziel wurde die Nationalisierung der Banken und die Beschränkung der Privatwirtschaft auf einige Reservatsektoren angestrebt.

Wenn die Nagpur-Resolutionen in der Folge tot Buchstabe blieben, so hatte dies folgende Gründe: 1. In der Zentralregierung war der in seine Altersjahre eintretende Nehru viel mehr ein Mann der Ideen als der Realisierungen. Nehru ließ es klar an Energie bei der Durchsetzung der Nagpur-Beschlüsse fehlen, er wandte sich anderen Fragen zu. 2. Der mächtige rechte Flügel des Kongresses lief im Verein mit der Privatwirtschaft Sturm gegen die unbequemen Resolutionen, und da auf dem flachen Land die Kongreß-Organisation praktisch in Personalunion mit der Honoratiorenschicht lebte, war von der Partei her keinerlei Impetus zur Verwirklichung zu erwarten. 3. Nehru und seine Regierung hatten sich resignierend zu der Auffassung durchgerungen, daß, wenn es nicht zu ganz umfassenden Strukturveränderungen kommen sollte, Indien seinen Ausbruch aus der Unterentwicklung nur mit Hilfe massiver Dosen von Auslandshilfe bewerkstelligen könne, und daß zum Erhalt dieser Hilfe Konzessionen zu machen wären. Die maßgebenden fremden Geberregierungen aber wünschten nachdrücklich eine größere Rücksichtnahme auf die indische Privatwirtschaft, die in zahlreichen Fällen eng mit ausländischen Großfirmen verflochten waren, die Enthaltung von allen die Struktur infragestellenden Reformexperimenten und allgemein ein für die freie Unternehmerinitiative günstigeres Klima.

### VIII

Einen Moment sah es auch so aus, als werde dieses Rezept der indischen Entwicklung kräftig auf die Beine helfen. Der 3. Fünf-Jahres-Plan begann mit wesentlich höheren Wachstumsraten und versprach, nicht nur die Planziele zu erfüllen, sondern darüber hinaus in Indien ein dynamisches Expansionsklima zu schaffen, das für den 4. Plan eine weitere kraftvolle Expansion, und dann zum größten Teil aus eigener Kraft, erhoffen ließ. Daß es nicht hierzu kam, liegt an folgenden, zum Teil sehr komplex miteinander verwobenen Faktoren: Privatwirtschaft und politische Rechte gaben sich mit der sozial-strukturellen Reformpause nicht zufrieden, sondern begannen eine großangelegte Gegenoffensive gegen Staatsplanung und Staatssektor, vor allem in der Industrie. Zu diesem Zweck wurden auch außenpolitische Argumente herangezogen, u. a. die Verweisung auf das vermeintlich gescheiterte Experiment des kommunistischen Chinas. Dies schuf eine Atmosphäre, in der Planungspolitik und Antiplan-Aktion einander Patt boten, zugleich aber auch die psychologischen Voraussetzungen für den Ausbruch des indo-chinesischen Konflikts vom Herbst 1962. Die schon totesagten Chinesen trieben die indische Armee im Handumdrehen zu Paaren. Dennoch war das militärische Desaster eine Bagatelle im Vergleich zu den verheerenden politischen und psychologischen Auswirkungen des Konflikts. Man argwöhnte daher auch, daß die Chinesen sich bewußt zu Komplizen eines Teils der indischen Parteien gemacht hätten, um auf diese Weise jeder Reform und neuen Aufschwungsbemühungen des ihnen unliebsamen Rivalen einen Riegel vorzuschieben.

Denn das war praktisch das Fazit des unglücklichen Himalaya-Konflikts. Getragen von einer Welle von Antikommunismus und Chinesenangst, die sie heraufzuführen beigetragen hatte, deren sie aber nicht mehr Herr wurde, mußte die Zentralregierung die Verteidigungsausgaben von etwa 4 Prozent des Sozialprodukts graduell auf 16 Prozent steigern. Damit waren dem Staatssektor vorerst die Möglichkeiten genommen, sein Investitionsprogramm weiter auszubauen. Innere Reformen wurden jetzt, besonders auf dem Agrarsektor, von der Rechten erfolgreich als »kommunistisch« diffamiert und tabuiert. Indien mußte mehr als vorher an die Gebefreudigkeit ausländischer Leihhelfer appellieren, die ihrerseits Delhi ihre Bedingungen vorzulegen begannen. Der 3. Fünf-Jahres-Plan endete mit einem Mißerfolg; die anfangs recht hohen Wachstumsraten – in der Industrie 8,5 vH 1962 und 8 vH 1963 – sanken auf 4,6 vH 1965 und 2,7 vH 1966 ab<sup>15</sup>.

Die sich jetzt auftuende Krise war aber nicht nur ein Produkt falsch gelenkter Investitionsmittel und blockierter Produktionsreformen. Es tat sich nämlich jetzt der ganze immense Problemschlund auf, an dem Indien seit seiner Unabhängigkeit entlanggewandert war, ohne je wirklich durch und durch ernsthaft den Versuch gemacht zu haben, diese Kluft zu überbrücken. Die Konfrontierung mit der bitteren Realität begann, wenn man so will, im Moment der Himalaya-Krise, als die Regierung an die besitzenden Schichten Indiens appellierte, die von ihnen gehorteten Kapitalien, insbesondere Gold, für die nationale Verteidigung bereitzustellen. Das Gegenteil trat ein. Indiens Oberschichten begannen panisch, ihre Werte in Sicherheit zu bringen. 1967 schätzte man in Delhi, daß etwa 2 Mrd. Dollar indischer Privatguthaben im Ausland angelegt und dem indischen Aufbau entzogen worden seien, daß weitere 12–15 Mrd. Dollar im Lande selbst in Form von Edelmetallen in den Sparstrümpfen blieben und daß rund 6 Mrd. Dollar in Landspekulationen gesteckt wurden, nicht aber in Investitionsvorhaben, weil die indische Großbürgerschicht noch immer instinktiv Gold und Land für die sichersten, krisenfestesten Fluchtwerte hält<sup>16</sup>.

Mit der fortschreitenden Rehabilitierung der Privatwirtschaft und ihrer Unternehmerinitiative hätte das Land einen neuen Aufschwung durchmachen müssen. Das Gegenteil trat ein. Das Profitmotiv wirkte nicht ankurbelnd, sondern dämpfend in einer Gesellschaft, in der rund 60 vH der Bevölkerung über weniger als 20 Prozent des Realeinkommens verfügen und durch enorm niedrige Löhne und außerwirtschaftliche Beschränkungen wie das Kastensystem davon abgehalten wurden, je ihre Erwerbsmöglichkeiten fühlbar auszudehnen. Mehr noch, die immer größer werdende Spannweite des Einkommensfächers wirkte dämpfend auf den Opfergeist und die Arbeitsbereitschaft der breiten arbeitenden Schichten, die sich um ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt betrogen fühlten. Indien hat in der Tat eine geringere Progression der Einkommenssteuer als England, und die Erbschaftssteuer erreicht selbst für die höchste Vermögensgruppe nur 40 Prozent. Andererseits nehmen die lokalen Geldverleiher auf dem Land noch immer bis zu 72 Prozent Zinsen pro Jahr. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß in weiten Teilen des Landes die Bauernschaft die Mitarbeit an Ameliorierungsarbeiten ablehnte, daß die Pachayat-Projekte einschlugen, ja, daß ganze Dörfer mit Bestechungsgeldern die Anlage von Bewässerungssystemen auf ihrem Boden wegzukaufen suchten, weil eine solche Anlage neue Steuerauflagen bedeutet hätte, während ihre Früchte nur den Landlords und Zamindaris zugute gekommen wären<sup>17</sup>.

Auch die Auslandshilfe erwies sich als zweischneidiges Schwert. Zunächst erlaubte sie, die unbedingt notwendigen Strukturreformen auf die lange Bank zu schieben und jenen Anstrengungen auszuweichen, die zwar schmerzhaft gewesen wären, jedoch die Gewähr der Mobilisierung aller Kräfte geboten hätte. So wurde z. B. der Aufbau einer einheimischen Kunstdüngerproduktion ausländischen Konzessionsnehmern in Zusammenarbeit mit heimischen Privatunternehmen übertragen. Die Düngerfabriken blieben aber ungebaut, weil die Investoren sich ausrechneten, daß die Profitmarge für sie zu klein sei, und sie deshalb ihre Gelder zurückzogen. Noch krasser ist das Beispiel der amerikanischen Getreidelieferungen unter dem PL-480-Programm, das zwar kurze Zeit klar ersichtlich einen wertvollen humanitären Zweck erfüllte, dann aber zu einem Produktionsdämpfer wurde, weil marginale Bauernanwesen Getreide nicht zu kompetitiven Preisen produzieren konnten und sich deswegen von der Produktion zurückzogen. Das Ausbleiben einer progressiven Bodensteuer, die nicht als Dämpfer, sondern als Stimulus auf die Agrarproduktion einwirken würde, tut das ihrige, um die latenten Produktionskräfte festzuhalten. Eine solche Bodensteuer aber, so wurde mehrfach in politischen Gesprächen eruiert,



wurde von den maßgeblichen ausländischen Kapitalgebern als nicht freundlich angesehen.

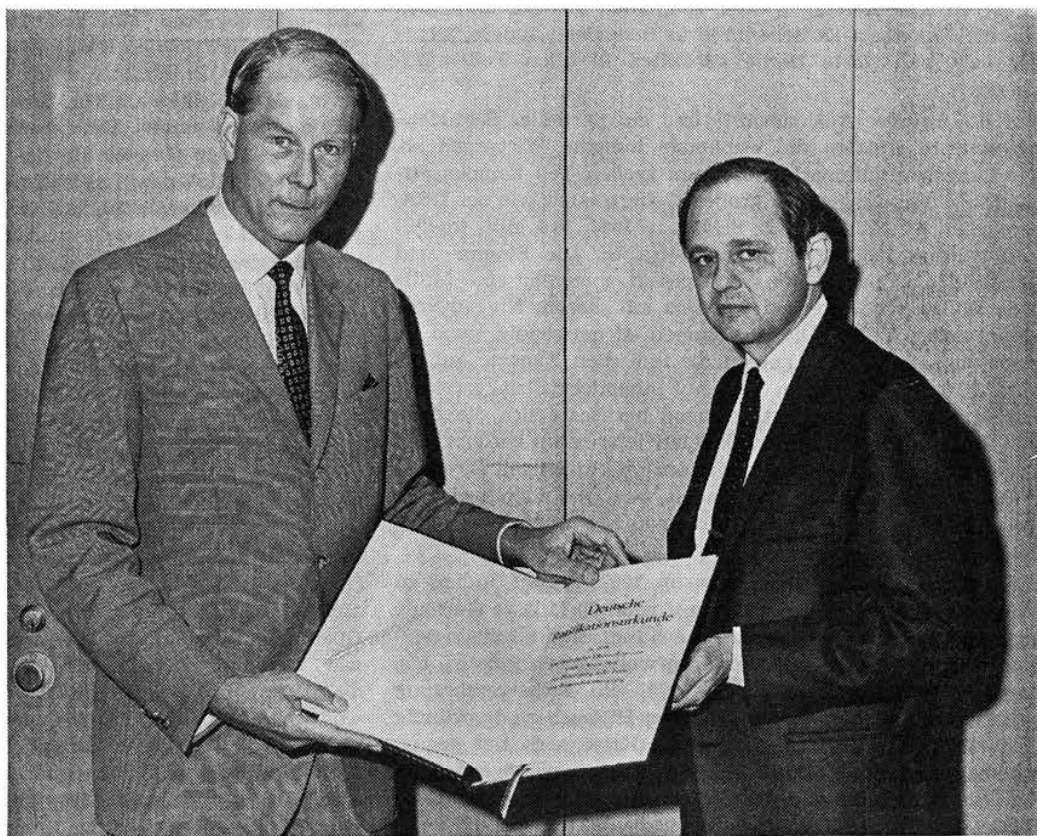
Die Krise wurde zum Debakel, als 1965 die Monsunregen nur einen Bruchteil der zu einer guten Ernte benötigten Menge erreichten. Es kam in weiten Teilen des Landes zu Mangelerscheinungen, die im nächsten Jahr, als der Monsun noch spärlicher Regen sandte, zur Hungerkatastrophe wurden, so etwa in Bihar und Teilen von Bengalen, aber auch in Orissa, Uttar Pradesh und Teilen von Rajasthan, Madras und Kerala. Für Millionen von Landbewohnern sank auf Monate die Tagesration auf weniger als 1200, ja vielfach unter 1000 Kalorien ab. Die Zahl der Hungertoten ist bis heute nicht festgestellt, aber man schätzte im Herbst 1967 in Patna, daß im Gangesdal Millionen Menschen akute Opfer der Hungersnot waren. Nun tat sich die Perspektive auf die wirklichen Unterentwicklungssymptome des Landes auf: Der Monsun hatte, historisch betrachtet, in den letzten Dekaden immer mehr abgenommen, weil der atmosphärische Wasserkreislauf durch langanhaltenden Raubbau an der ökologischen Substanz gestört worden war. Man hatte jahrzehntlang die Wälder abgeholzt, so daß Indien, einst eines der walddreichsten Länder der Erde, heute nur mehr etwa eine Walddecke von 20 vH seiner Gesamtfläche besitzt, während es mindestens 33 Prozent besitzen sollte, um eine gesunde Ökologie zu haben. Hand in Hand damit gehen die Lateritbildung, Versteppung, Erosion vor sich, die allein in Rajasthan jedes Jahr 700 qkm Kulturland in Wüste verwandeln. Mangelnde Bodenpflege, niedriges technologisches Niveau, Eigentumsverhältnisse und Indolenz der verelendeten Bauernmassen bewirken aber, daß nur etwa 25-30 vH der verfügbaren Kulturlächen wirklich bebaut werden, während der Rest mangels natürlicher Bewachung und Wasserkonservation langsam verfällt. Schädlinge und Fäulnis fressen pro Jahr etwa die doppelte Menge der Getreideeinfuhren auf, rund 20 Mill. to, aber der indische Bauer weiß in seiner Mehrheit noch nicht, wie er dieser Plagen Herr werden kann. Es fehlen auf den indischen Dörfern drin-

gend gebildete Fachleute, es fehlt völlig, was man in Westafrika encadrement und animation rurale nennt, d. h. ein Kaderapparat, der die Bauern organisiert, belehrt und anleitet. Dennoch gibt es in Indien 70 000 arbeitslose Ingenieure und eine noch viel höhere Zahl beschäftigungslose Techniker. Aber niemand führt sie auf die Dörfer zurück, im Gegenteil, wer Bildung erwirbt, verläßt das Dorf, um in den Städten höhere Einkommen und ein leichteres Leben zu suchen, Folge der fortschrittsfeindlichen Einkommensstaffelung, die jeden Anreiz nimmt, als Gebildeter aufs Dorf zu gehen, Folge auch einer mangelnden politischen und administrativen Strukturierung, Folge des Desinteresses der Großbauern an der Hebung des Bildungs- und Produktionsniveaus der Kleinbauern und Landarbeiter, die sonst nicht mehr die spottbilligen Arbeitskräfte bleiben, die sie sind, also genau dasselbe Kulakenproblem, das Rußland beim Beginn der Kollektivierung begegnete.

## IX

All diese Probleme sind den indischen Fachleuten längst bekannt, aber mangels einer energischen politischen Initiative kam es im 3. Plan z. B. zur Aufforstung von nur 480 000 ha, und lokale Irrigationsarbeiten auf der Panchayat-Ebene unterblieben fast ganz. Hier gehört auch das enorme Energieproblem, das Indien zwingt, jährlich rund 100 Mill. cbm Feuerholz und etwa 80 Mill. to Kuhdünger in Dungbriketts zu verbrennen, obwohl die Waldabholzung zur Brennholzgewinnung weiter die ökologisch vitale Walddecke auffrißt und der Entzug von Dung aus der Düngerökonomie für die Unterproduktion jener 15-20 Mill. to Getreide verantwortlich ist, die Indien braucht, um seine 500 Mill. Menschen ausreichend zu ernähren. Aber obwohl das Problem in Delhi klar erkannt ist, hat die Erdölprospektion so gut wie keine Fortschritte gemacht, die Kohleproduktion ist für den Hausverbrauch unerschwinglich teuer, und zur Anlegung von Klein- und »Volksbergwerken« auf dem Dorfniveau ist es bisher nicht gekommen, woran nicht ausschließlich der Man-

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 19. Mai 1969 Vertragspartner des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Die Konvention ist am 4. Januar 1969 in Kraft getreten. Sie geht auf eine EntschlieÙung der Generalversammlung vom 21. Dezember 1965 zurück. — Auf dem Bild übergibt der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dr. Alexander Böcker (links), dem Direktor für Allgemeine Rechtsangelegenheiten der UNO, Mr. F. Blaine Sloan, die Ratifikationsurkunde am Hauptsitz der Weltorganisation in New York. (Siehe Entstehung, Bedeutung und Text der Konvention in VN Heft 1/1968.)



gel an Mineralreserven schuld ist. Der logische Ausweg, die Anpflanzung von ausgedehnten Feuerholzplantagen rund um jedes Dorf, wurde nur zögernd begangen und blieb im Ansatz stecken.

So sank Indiens Getreideproduktion von 81 Mill. to 1960/61 auf 72 Mill. to 1964/65 und 76 Mill. to 1965/66 ab; damit trat in weiten Teilen des Landes ein Ernährungschaos ein. Das Rationierungssystem wurde nie ernstlich durchgedrückt, es kam zu Spekulationshortungen und ausgedehnten Schwarzmärkten. Die Zentrale verlor den Überblick, und anstatt zwischen den Unionsstaaten einen Spitzenausgleich der Reserven zu erzwingen, kam es zur Parzellierung der Versorgung mit der Errichtung von Binnenhandelsgrenzen an den Provinzgrenzen, wo bewaffnete Polizei darüber wachte, daß kein Überschußgetreide aus Erzeugerprovinzen in die Defizitstaaten exportiert wurde. Vielmehr benutzten die Provinzialregierungen die Reserven in ihrer Hand zu politischen Tauschgeschäften. Zwischen 1964 und 1968 stiegen die Nahrungsmittelpreise um rund 90 vH, die Rohstoffpreise für die Industrie um 73 vH, während auf All-India-Basis der pro-Kopf-Verbrauch von Getreide zwischen 1965 und 1967 um 15,5 vH, der von Speiseölen um 37,5 vH und von Baumwolle um 8,8 vH zurückging<sup>18</sup>. Die Krise griff im großen Umfang auf die Industrie über, wo die Wachstumsrate auf 2,8 vH 1966/67 und 2,1 vH 1967/68 sank<sup>19</sup>. Das pro-Kopf-Realeinkommen bei konstanten Preisen wuchs 1966 nur um 1,5 vH und 1967 um 0,8 vH<sup>20</sup>, und selbst diese Zahlen werden in weiten Kreisen als optimistisch angezweifelt.

Die Bedeutung der indischen Rezession wurde im Ausland voll verstanden, und das zur Unterstützung der indischen Entwicklung 1961 gebildete Indienkonsortium ließ Entwicklungshilfe im Rhythmus von rund einer Milliarde Dollar pro Jahr in Form von Krediten oder sogar von verlorenen Zuschüssen, diese vor allem auf dem Nahrungssektor, anlaufen. Die politischen Motive wurden dabei nicht mehr verhehlt: Es ging darum, Indien als Entwicklungsmodell vor dem Zusammenbruch zu bewahren, um nicht der kommunistischen Alternative freies Feld zu lassen. Schon kam es in Indien selbst zu alarmierenden, weil spontanen Bauernaufständen wie die Naxalbari-Zwischenfälle in Bengalen. Andere, weniger weit publizierte Herde schwellten in allen Teilen des Landes.

Nur die massive Auslandshilfe und ein partielles Schuldenmoratorium stützten die wankende indische Wirtschaft ab. Die Lebensmittelimporte, zu einem großen Teil kompensationslose Zuwendungen der großen Geberstaaten wie der USA, erreichten 6,7 Mill. to 1965, 8 Mill. to 1966, 10,4 Mill. to 1967 und werden 1968 7-8 Mill. to betragen. Die Finanz- und Kredithilfe erreichte, wie schon gesagt, ungefähr eine Milliarde Dollar pro Jahr und soll sich auf diesem Niveau vorläufig weiter halten. Dieses Volumen ist notwendig, denn im Rechnungsjahr 1966/67 kamen die indischen Exporte auf 7,8 Mrd. Rupien zu stehen, das Außenhandelsdefizit erreichte 6,23 Mrd. Rs, und dementsprechend bezifferte sich die Auslandshilfe auf 6,65 Mrd. Rs. Dies hat jetzt dahin geführt, daß etwa 30 Prozent aller gegenwärtigen und künftigen Devisenerlöse des indischen Außenhandels vom Schuldendienst für die Kreditgewährung in der Vergangenheit aufgesogen werden.

Ein außergewöhnlich guter Monsun 1967 verhalf Indien zu einer Winterernte, die vorläufig auf rund 90 Mill. to Getreide geschätzt wird. Dennoch werden nach indischen Schätzungen<sup>21</sup> die ausländischen Getreidezufuhren weitergehen müssen, bis, im optimistischen Fall gegen 1975, die Selbstversorgung sichergestellt ist. Am guten Willen der Hilfsgeber ist vorläufig nicht zu zweifeln. Dennoch war die Krise noch tief genug, um den Start des 4. Fünf-Jahres-Planes zu verzögern. Man darf neugierig sein, wie sich Indiens Aufbruch in die nächste Phase des Entwicklungsvormarsches vollziehen wird.

Wenn man Indiens gegenwärtige Lage mit der Chinas in den letzten 10 Jahren vergleicht, so drängen sich die Parallelen zu jener Situation auf, in der sich der östliche Nachbar Indiens im Frühjahr 1962 nach den »Kalamitätenjahren« befand. Mit sechs Jahren Zeitabstand durchliefen beide Länder schwere, maßgeblich von Naturkatastrophen ausgelöste Produktions- und Strukturkrisen und mußten nach deren Überwindung ihr Planungs- und Produktionssystem wesentlich umstellen. Aber von da an welcher Unterschied: China warf sich mit geballter Kraft auf ökologische Infrastrukturarbeiten, um die Natur nach und nach in den Griff zu bekommen. In Indien fehlt es an vergleichbaren Großvorhaben. China mobilisierte alle verfügbaren Arbeitskräfte. In Indien bleibt die rurale Unterbeschäftigung weiter eines der Hauptprobleme. China vollbrachte seine innere Sanierung nicht nur ohne jede Auslandshilfe, sondern zahlte daneben noch Kreditschulden ab und leistete, wenn auch in reduziertem Umfang, selbst die an kleine Klienten versprochene Hilfe. Es zahlte für seine Getreideimporte bar und reduzierte sie sofort nach Überwindung der Krise fühlbar. Indien nimmt Auslandshilfe in der Höhe von 85 vH seiner Gesamtexporte und mußte daneben noch über ein allgemeines Schuldenmoratorium verhandeln, kurz, es befindet sich im Stadium der »dynamisch ausgebauten Stagnation«. Die Liste dieser sehr wesentlichen »Unterschiede« läßt sich noch beliebig verlängern.

## X

All diese Vergleiche führen notwendigerweise zu einer kritischen Revision der Kriterien für den Erfolg oder Mißerfolg eines Entwicklungsexperiments überhaupt. Entwickler und Entwickelte haben schon zu viel von den leichtfertig und oberflächlich abgegebenen Urteilen über Entwicklungsstand und -fortschritt einer unterentwickelten Gesellschaft gesehen. Es hat sich gezeigt, daß die Zahl der vorhandenen Touristenhotels, der importierten Personenwagen, der vom Ausland meist aus politischen Gründen spendierten »Weißen Elefanten« ohne jeden Aussagewert für die wirkliche Entwicklungsdynamik geblieben ist. Ebenso hat sich hinreichend gezeigt, daß originalgetreu aus den Industrieländern eingeführte Stimuli und Prinzipien wie etwa die freie Unternehmerinitiative oder das Profitmotiv unter anderen Himmeln durchaus wirkungslos bleiben können. Es scheint wesentlich auf andere Axiome anzukommen. Kein geringerer als der große schwedische Soziologe *Gunnar Myrdal* gibt nach einer im wesentlichen auf die Untersuchung Indiens und Südostasiens gestützten 10jährigen Studie ausführlich Auskunft<sup>22</sup>. Wie schon andere vor ihm auf Teilsektoren, so legt Myrdal eindringlich klar, wie sehr sich die orthodoxen Entwicklungsplaner und -propheten, zumindest im Westen, in der Beurteilung der Bedingungen und Möglichkeiten geirrt haben. Was immer die industrialisierten Hilfsgeber in Asien tun können, bleibt marginal, weil die entscheidenden Dinge von den betroffenen Völkern selbst getan werden müssen. Es ist nicht der Mangel an Kapital, der die Entwicklungsnationen am Aufstieg hindert, sondern das Unvermögen, die vorhandenen Kapitalien zu mobilisieren und darüber hinaus jene Struktur-inherenten Hemmungen und Widerstände wegzuräumen, die einem Aufbruch aus eigener Kraft im Wege stehen. Solange diese fortexistieren, verpuffen auch die großzügigsten Hilfsaktionen. Die großen Hoffnungen der jungen Nationalstaaten nach erlangter Unabhängigkeit verblichen in den meisten Fällen, weil der Übergang in die nationale Freiheit nicht begleitet oder gefolgt war von einer politico-sozio-ökonomischen Revolution, die die alten Tabus wegräumte und die Massen entwicklungsbegeistert machte. Länder wie Indien verdienten sich ihre Freiheit nicht durch politischen Kampf, und daher sind heute die breiten Massen nicht geschult, ihre Stimmen im Rahmen einer Formaldemokratie zur Durchdrückung von Reformen und Massenaktionen hören zu lassen. Dünne Oberschichten



benutzen den Sozialapparat zur Verteidigung und Förderung ihrer Interessen und verurteilen damit weitestgehend latente Produktivkräfte zur Untätigkeit. Effektive Landreform erweist sich immer mehr als unverzichtbares Prärequisit eines echten Entwicklungsaufbruchs. Durch sie und ohne riesige Kapitalinvestitionen, lediglich durch sachgerechtere Organisation und Erziehung der Bauernmassen zu intensiverem, produktiverem Arbeiten lassen sich ganz erhebliche Produktionssteigerungen erzielen, vor allem, wenn sie gekoppelt sind mit wirksamen Schritten zur Geburtenkontrolle. Auf lange Strecken liest sich eine Darstellung wie die Myrdals wie ein unausgesprochenes Plädoyer für Chinas Weg...

In diesem Licht müßte man sich die Frage vorlegen: Wie haben Indien und China, jedes auf seine Weise, die rurale Reform- und Restrukturierungsaufgabe angefaßt? Wie haben sie das Problem der Revolution zur Wegräumung archaischer Entwicklungshemmnisse angegangen? Welches der beiden Länder hat die enorme Aufgabe der ökologischen Substanzbewahrung und -verbesserung entschieden angepackt? Welches von ihnen hat sich an das kaum weniger dräuende Problem der Mobilisierung des latenten Sparkapitals in Form ungenutzter Arbeitskräfte herangewagt? Welches von beiden hat die Freimachung der eigenen Mittel und Quellen maximiert und die Rolle der Auslandshilfe minimiert? Welches von beiden hat den allen geballten Anstrengungen der Nation so abträglichen Einkommensfächer rigoros immer weiter verengt, sein Steuersystem reformiert und maximale Anteile des Sozialprodukts für Investitionen freigemacht? Welches von beiden hat andererseits dem so gefährlichen Regionalismus entgegengewirkt, Schwarzmarkt- und Spekulationsercheinungen unterdrückt und der Masse der Normalverbraucher ein höheres Existenzminimum effektiv garantiert, wenn auch auf Kosten der Konsumfreiheit der Oberschichten?

Wenn man sich diese Fragen im Lichte dieser Darstellung beantwortet, kann es keinen Zweifel daran geben, daß China und Indien sich nicht mehr in derselben Kategorie von Ent-

wicklungsländern befinden. Zur Bemessung ihrer Leistung und ihrer dabei entwickelten Dynamik genügt nicht mehr der übliche Blick auf das Lebensniveau der gehobenen Schichten. Die tiefergehende Analyse zeigt, um wieviel vor allem qualitativ, institutionell, strukturell China Indien vorausgeeilt ist. Aber auch wenn vergleichsweise Quantifikationen heute dem außenstehenden Beobachter möglich wären, müßte er zwangsläufig den deutlichen Vorsprung Chinas konstatieren. Die Chinesen wissen das, und es gibt keinen Zweifel, daß sie im gegebenen Moment nicht zögern werden, vor der gesamten Entwicklungswelt das Funktionieren und die Resultate ihres Experiments ostentativ auszubreiten. Dies umso mehr, als sie selbst laufend betonen, daß Wirtschaft für sie weder Selbstzweck noch maßgebendes Kriterium für den Erfolg einer Gesellschaftsordnung ist, sondern lediglich Handlangerin beim Bau einer neuen, gerechteren, von inneren Widersprüchen freieren Sozialstruktur. Wenn der Moment dieser Schaustellung eintritt, dann werden in Afro-Asien wahrscheinlich nicht mehr nur Vergleiche gezogen werden, sondern es wird das Stadium der pragmatischen Seitenwahl beginnen. Es wäre gut, wenn die Industrienationen sich auf diesen Zeitpunkt vorbereiten würden, und zwar mit Vorzug durch Bereitstellung eines ähnlich attraktiven Gegenmodells, das heute nicht mehr in Indien gefunden werden kann, eines Modells, das nicht nur den materiellen Leistungen der Chinesen Pari bietet, sondern – immer aus der Sicht der Entwicklungsnationen – ähnliche gesellschaftliche Errungenschaften aufweisen kann.

#### Anmerkungen:

14 Siehe hierzu in großem Detail K. Nair: Blossoms in the Dust, London 1961.

15 First National City Bank, Delhi, India in Figures, Delhi 1967.

16 Ronald Segal: The crisis of India, London 1968, S. 212 ff.

17 Siehe Anm. 16, aaO, S. 154 ff.

18 Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 4. Januar 1968.

19 The Patriot, New Delhi, 20. April 1968.

20 Link, New Delhi, 11. April 1968.

21 Siehe Anm. 20, aaO, New Delhi, 18. April 1968.

22 G. Myrdal: An Asian Drama, New York 1968.

## Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

### Das Tausziehen um die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Ausschuß für die Vorbereitung der Zweiten Entwicklungsdekade (Teil 2)

(Um die nachstehenden Ausführungen verstehen zu können, ist es erforderlich, den im vorausgegangenen Heft veröffentlichten Ersten Teil zu kennen. Es wird besonders auf die dortige Einleitung verwiesen.)

#### V

Dem Präsidenten der Generalversammlung oblag es nun, den Vorbereitungsausschuß zustandezubringen. Das ergab sich aus der Entschließung über die Vorbereitung der Zweiten Entwicklungsdekade, die die Generalversammlung mit überwältigender, nach den wiederholten massiven sowjetischen Interventionen fast verwunderlich glatter Mehrheit angenommen hatte. Aber der Präsident war bei der Bildung des Vorbereitungsausschusses nicht frei; er hatte Weisungen und Gewohnheiten zu berücksichtigen. Die Weisungen ergaben sich aus dem Text der Entschließung sowie aus Vereinbarungen, die ihrer Annahme vorausgegangen waren, die Gewohnheiten aus der Praxis der Geschäftsführung der Generalversammlung:

1. Die Entschließung bestimmte, daß der Vorbereitungsausschuß 54 Mitglieder umfassen solle, nicht mehr, aber auch

nicht weniger. Der Präsident mußte also genau 27 Mitglieder ernennen.

2. Die erste Hälfte der Mitgliedschaft des Ausschusses sollte identisch mit den 27 Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des ECOSOC sein. Ihre Mitgliedschaft im Ausschuß war damit festgelegt, hieran konnte der Präsident nichts ändern.

3. Die zweite, vom Präsidenten zu ernennende Hälfte von 27 Mitgliedern sollte aus Mitgliedern der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation genommen werden (Wiener Formel).

4. Die zu ernennenden 27 Mitglieder sollten nicht bereits im Wirtschaftsausschuß des ECOSOC vertreten sein.

5. Die zu ernennenden 27 Mitglieder des Ausschusses sollten eine »ausgeglichene geographische Verteilung« haben, d. h. die verschiedenen Weltregionen sollten angemessen beteiligt sein. – Die Generalversammlung hatte bei der Verabschiedung der Entschließung ausdrücken wollen, daß die vom Präsidenten zu bestimmende Hälfte des Vorbereitungsausschusses die gleiche regionale Zugehörigkeit haben sollte, wie sie die erste Hälfte, d. h. wie sie der Wirtschaftsausschuß der ECOSOC, hatte.

6. Die regionalen Gruppen schlagen ihre Kandidaten für Ausschüsse in der Regel selbst vor. Das steht nicht in der Charta oder in der Geschäftsordnung, ist aber Brauch und